

Vortragsthema von Kaja Anna Kaźmierska
im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung
„Die Europäische Union im Dauerkrisenmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in
einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses
Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien:

**„Brexit und Rechtspopulismus:
Ist das deutsch-französische Tandem unvermeidlich?“**

Abstract:

Es war nie wirklich offensichtlich, wer die „dritte Kraft“ in der Europäischen Union (EU) ist. Einerseits war Großbritannien immer ein natürlicher Kandidat. Andererseits, wenn man alle britischen Ausnahmeregelungen (sog. *Opt-out*-Klauseln) bedenkt, wie z. B. Schengen, die Eurozone und die Charta der Grundrechte der EU, ist eine eindeutige Antwort darauf nicht mehr so klar. Noch vor dem sogenannten Brexit war ein stärkeres britisches Engagement in der EU eher fraglich. Die Außenpolitik Großbritanniens war immer dreidimensional: Die Beziehungen zur EU, zu den USA und zum *Commonwealth* waren gleichermaßen von Bedeutung. Damit war Großbritanniens *De-facto*-Beteiligung an einer „ever closer union“ stets zweifelhaft.

Ein anderes Land, das die drittgrößte Kraft der EU werden wollte, war Polen. Ein relativ neues Mitglied der Europäischen Union, ein Land aus der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre, das sich nie wirklich anschickte, zu einem echten Anwärter als drittgrößte Kraft der EU zu werden. Jedoch, vor allem während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, sind viele Beobachter zu dem Schluss gelangt, dass Polen in der Entscheidungsfindung der EU eine immer stärkere Rolle spielt. Deswegen war Polen auch auf dem besten Weg, nach Frankreich und Deutschland und angesichts des fortschreitenden Isolationismus Großbritanniens, zur drittgrößten Kraft in der EU zu avancieren.

Alles hat sich nach den Wahlen von 2015 geändert, als die rechtspopulistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in Polen gewann. Die neue konservativ-nationale Regierung hat die Rechtsstaatlichkeit in Polen vernachlässigt, ist einen Konflikt mit der EU eingegangen und hat immer mehr Mitgliedstaaten mit ihrer nationalistischen Politik herausgefordert. Zurzeit scheint es sehr wahrscheinlich zu sein, dass Polen zum ersten Mitgliedstaat wird, dem gegenüber die EU das Sanktionsprozedere gemäß Art. 7 EUV einleitet. Der jüngste diplomatische Konflikt zwischen Polen und Frankreich, der seit der französischen Präsidentschaftskampagne begonnen hat und seitdem weiter eskaliert ist, zeigt, dass es für Polen sehr schwierig sein dürfte, in der EU wieder eine wichtige Rolle zu spielen. Frankreichs neuer Präsident Macron hat schon gesagt, dass Polen die Zukunft Europas nicht mehr prägen wird. Es scheint, dass aufgrund der polnisch-französischen Animositäten der Gipfel des „Weimarer Dreiecks“, ein deutsch-französisch-polnisches außenpolitisches Konsultationsforum, das seit über 25 Jahren funktioniert, dieses Jahr unbegrenzt außer Kraft gesetzt wird. In der Tat: Da die polnische Regierung nicht mehr ein vernünftiger Partner in den Gesprächen mit der EU ist, hat Polen lediglich dazu beigetragen, dass die wesentlichen EU-Entscheidungen vom deutsch-französischen Tandem getroffen werden.